

NEIN
Durchsetzungs-
Initiative

Den Rechtsstaat
mit Füßen treten?

ABSTIMMUNGSZEITUNG DER SP SCHWEIZ | AUSGABE CH

HEIRATEN WIE ANNO 1915?
NEIN ZUR RÜCKSTÄNDIGEN CVP-EHE-INITIATIVE

ABSTIMMUNGEN VOM 28. FEBRUAR 2016 FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

Transithölle Schweiz

NEIN zur 2. Gotthard-Röhre

GAME OVER

JA Spekulationsstopp-Initiative

ANGRIFF AUF DEN RECHTSSTAAT

Unter dem Vorwand, etwas Beschlossenes durchzusetzen, geht die Durchsetzungsinitiative viel weiter als die Ausschaffungsinitiative. Sie hebt unseren Rechtsstaat aus und verstösst gegen die Grundrechte.

MENSCHENVERACHTENDE ZWEIKLASSENJUSTIZ

Personen ohne Schweizer Pass sollen auch aufgrund leichter Delikte automatisch ausgeschafft werden – sogar wenn sie in der Schweiz geboren und aufgewachsen sind. Auch Secondos und Secondas wären betroffen. Sie werden zu Menschen zweiter Klasse degradiert. Die vom Parlament beschlossene Umsetzung der Ausschaffungsinitiative kennt immerhin eine Härtefallklausel.

VERSCHÄRFUNGS- STATT DURCHSETZUNGSINITIATIVE

Das Label «Durchsetzungsinitiative» erweckt den Eindruck, dass etwas längst Beschlossenem zum Durchbruch verholfen werden soll. Das ist ein Etikettenschwindel, weil die Durchsetzungsinitiative und ihr Deliktetkatalog weit über das hinausgehen, was seinerzeit eine knappe Mehrheit beschlossen hatte. Die Initiative setzt die Ausschaffungsinitiative nicht durch, sondern verschärft sie gewaltig.

GEFÄHRLICHE AUSHEBELUNG DES RECHTSSTAATES

Die Initiative verletzt die Grundrechte, die Menschenrechtskonvention und das Personenfreizügigkeitsabkommen. Der Initiativtext setzt sich gleich selber an die Stelle des Gesetzgebers und nimmt den Gerichten jeglichen Spielraum. Das verletzt das Prinzip der Gewaltenteilung doppelt. Ein Ja wäre ein Systembruch mit unabsehbaren Folgen für die Rechtsordnung und die Rechtssicherheit.

UNSCHWEIZERISCHE UND UNNÖTIGE ZWÄNGEREI

Die Praxis wurde seit dem Ja zur Ausschaffungsinitiative verschärft und wird mit Inkrafttreten des Umsetzungsgesetzes noch strenger. Das Parlament ist damit dem Anliegen der SVP nachgekommen. Diese hätte gegen das Gesetz das Referendum ergreifen können. Statt sich an die demokratischen Spielregeln zu halten, setzt sie auf unnötige und unschweizerische Zwängerei.



«Das Parlament hat die Ausschaffungsinitiative umgesetzt; das Referendum wurde nicht ergriffen. Die SVP-Position mit einer Initiative durchsetzen zu wollen, ist ein Missbrauch unseres demokratischen Systems.»

DANIEL JOSITSCH, STÄNDERAT ZH



«Die Initiative ist ein Etikettenschwindel. Sie geht viel weiter als die Ausschaffungsinitiative und greift Grundwerte unserer Demokratie an. Bekämpfen wir daher diese SVP-Initiative, die unseren Rechtsstaat aushöhlt!»

NADINE MASSHARDT, NATIONALRÄTIN BE

DARUM GEHT ES

Im November 2010 sagten 53% Ja zur Ausschaffungsinitiative. Bereits Ende 2012, lange vor Ablauf der Umsetzungsfrist, hat die SVP die Durchsetzungsinitiative nachgeschoben. Gegen die mittlerweile vom Parlament beschlossene Umsetzung zur Ausschaffungsinitiative wurde jedoch kein Referendum ergriffen, so dass diese nach einem Nein am 28. Februar in Kraft treten würde.

BREITE NEIN-ALLIANZ

National- und Ständerat, der Bundesrat, eine breite Parteienallianz von links bis rechts, zahlreiche Nichtregierungsorganisationen sowie Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften lehnen die Initiative klar ab. Ausserdem hat der Bundesrat die Durchsetzungsinitiative für teilweise ungültig erklärt. Das ist ein Novum in der Geschichte der Schweiz.

«Gefährliche Zweiklassenjustiz»

Geht es nach der SVP, sollen Personen ohne Schweizer Pass künftig selbst bei leichten Delikten ausgeschafft werden. Was bedeutet das für Ausländerinnen und Ausländer bei uns?

Die Durchsetzungsinitiative schafft ein Zwei-Klassen-System zwischen Schweizerinnen und Schweizern einerseits und Ausländerinnen und Ausländern andererseits. Diese Ungleichbehandlung ist zutiefst unschweizerisch. In unserem Land sollen alle Menschen gleich behandelt werden – auch in Bezug auf Straftaten. Gerade für Secondas und

Secondos hätte die Annahme der Durchsetzungsinitiative gravierende Folgen.

Vor kurzem erklärte SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt allerdings, wer in der Schweiz geboren sei, werde auch bei Annahme der Durchsetzungsinitiative nicht ausgeschafft...

Eine solche Interpretation würde der Initiativtext nie zulassen. Einen Verfassungstext kann man nicht einfach nach Belieben uminterpretieren. Die Parteileitung der SVP hat Vogt nach seiner Aussage ja auch gleich wieder zurückgepfiffen.

Ständeräte gelten in der Regel eher als zurückhaltend. Trotzdem haben – mit Ausnahme der SVP-Fraktion – alle Ständeräte Ihr Manifest gegen die Initiative unterzeichnet...

Die Unterstützung ist wirklich aussergewöhnlich. Inzwischen haben sich sogar schon ehemalige Ständerätinnen und Ständeräte bei mir gemeldet, um das Manifest zu unterschreiben!

Wie erklären Sie sich dieses aussergewöhnliche Engagement?

Die breite Unterstützung zeigt vor allem, wie gefährlich diese Initiative ist. Die Initiative

richtet sich nicht nur gegen Ausländerinnen und Ausländer, sondern zielt vor allem auch auf unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat. Geht es nach der SVP, soll das Parlament als Gesetzgeber ausgeschaltet und den Richtern jeglicher Interpretationsspielraum genommen werden. Die Annahme der Initiative wäre ein Systembruch mit schwerwiegenden Folgen für unser politisches System.



STEUERGESCHENK FÜR REICHE

Die Initiative will eine überholte Ehe-Definition in die Verfassung schreiben. Sie diskriminiert gleichgeschlechtliche Paare und schliesst die Individualbesteuerung als Königsweg zur Beseitigung der «Heiratsstrafe» aus.

STEUERGESCHENK FÜR WENIGE UND MILLIARDENLOCH

Nachdem das Bundesgericht die Ungleichbehandlung gerügt hatte, wurde die Besteuerung angepasst. Heute betrifft die «Heiratsstrafe» noch rund 80 000 Paare mit hohem Nettoeinkommen. Ein Zweiverdienerehepaar mit Kindern ist ab 190 000 Franken betroffen.

FAKTISCHES VERBOT DER INDIVIDUALBESTEUERUNG

Die Definition der Ehe als Wirtschaftsgemeinschaft verbietet die faire Individualbesteuerung. Dieses Modellverbot gehört nicht in die Verfassung. Es schadet der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und schafft negative Anreize für Doppelverdiener-Haushalte.

DISKRIMINIERENDE UND RÜCKSTÄNDIGE EHEDEFINITION

Die Initiative definiert die Ehe ausdrücklich als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau und schliesst damit gleichgeschlechtliche Paare explizit aus. Damit verbaut sie gesellschaftspolitische Fortschritte und diskriminiert alle Menschen mit anderer sexueller Orientierung.

DARUM GEHT ES

Die Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» wurde von der CVP 2012 eingereicht. Sie will die Benachteiligung von bestimmten Ehepaaren gegenüber gleich situierten Konkubinatspaaren bei der direkten Bundessteuer aufheben. Das Parlament, eine breite Allianz von links bis rechts, LGBT-Organisationen sowie der Bundesrat lehnen die Initiative ab. www.gemeinsam-weiter.ch

2,3
Milliarden

kostet das Steuergeschenk an wenige gut verdienende Ehepaare pro Jahr. Profitieren würden nur 4 Prozent aller Ehepaare – ausgerechnet die mit hohem Haushaltseinkommen.



«Bei der CVP-Initiative geht es nicht um die Beseitigung einer Ungerechtigkeit. Sie ist ein Milliarden-Geschenk für wenige sehr gut verdienende Ehepaare. Die Rechnung bezahlen wir alle.»

MARGRET KIENER NELLEN, NATIONALRÄTIN BE



«Die Initiative zementiert ein altes Ehebild. Indem die Ehe als Wirtschaftsgemeinschaft definiert wird, setzt sie negative Anreize für Zweiteinkommen und fördert das traditionelle Einverdiener-Familienmodell. Das heisst de facto: Frauen zurück an den Herd!»

YVONNE FERİ, NATIONALRÄTIN AG

MIT ESSEN SPIELT MAN NICHT



Die exzessive Spekulation an den Rohstoffbörsen treibt Millionen Menschen in Hunger und Armut. Gleichzeitig machen Finanzkonzerne grosse Gewinne. Die Initiative will dieses verantwortungslose Geschäft beenden.

SPEKULATION VERZERRT PREISE

Die Finanzialisierung der Rohstoffmärkte hat dazu geführt, dass Preisblasen immer wahrscheinlicher werden. Eine solche gab es 2007/2008 und auch 2011. In der Folge können sich Menschen in Entwicklungsländern die Nahrungsmittel nicht mehr leisten und leiden Hunger.

KONZERNE GEHEN MIT GUTEM BEISPIEL VORAN

Erfreulicherweise haben einige Unternehmen ihre kritische Rolle im Rohstoff-derivate-Markt verstanden. Sie handeln verantwortungsvoll und verzichten ganz bewusst auf die Spekulation mit Nahrungsmitteln. Darunter beispielsweise der AHV-Fonds.

PREISABSICHERUNG EINGESCHRÄNKT

Eine Befragung von Rohstoffhändlern hat ergeben, dass durch das extreme Finanzvolumen an den Märkten die Funktion der Preisabsicherung stark beeinträchtigt ist. Die preisliche Absicherung war jedoch die ursprüngliche Idee der Rohstoffbörsen und legitimiert diese bis heute. Diese Funktion muss geschützt werden.

MIT ESSEN SPIELT MAN NICHT

Agrarrohstoffe sind keine Waren im üblichen Sinne. Für Nahrungsmittel müssen strengere Regeln gelten, weil sie unsere Lebensgrundlage sind. Die Gefahr, dass Spekulation die Preise verzerrt und Hunger verursacht, dürfen wir nicht in Kauf nehmen. Schliesslich haben wir schon als Kinder gelernt: Mit Essen spielt man nicht!



«Die Initiative gewährt den Entwicklungsländern, was wir unseren Bauern längst gesetzlich zugestehen. Sie verhindert den Welthandel mit Rohstoffen in keiner Weise, aber sie unterbindet Nahrungsmittelspekulation durch Hedge Funds und dubiose Finanzmarktakteure.»

RUDOLF STRAHM, EHEM. PREISÜBERWACHER



«Was ich meinen Kindern am Mittagstisch sage, gilt auch für Spekulanten an der Börse: Mit dem Essen spielt man nicht!»

PASCALE BRUDERER WYSS, STÄNDERÄTIN AG



«Hunger ist vor allem ein Verteilproblem. Die Spekulanten im Norden kassieren an den Börsen ihre Gewinne, die Bevölkerung im Süden bezahlt mit Hunger.»

RUTH DREIFUSS, ALT BUNDESÄTIN

DARUM GEHT ES

Die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!» verlangt ein Verbot der Finanzspekulation auf die Entwicklung von Lebensmittelpreisen. Die Preisabsicherung für Produzenten und Händler ist hingegen weiterhin möglich. Vertreten wird die Initiative vom «Bündnis gegen Spekulation mit Nahrungsmitteln», dem zahlreiche Hilfswerke, linke Parteien, Bauernverbände und christliche Organisationen angehören.

TRANSITHÖLLE SCHWEIZ



Ein zweiter Tunnel ist unnötig, verkehrspolitisch unsinnig und teuer. Er bringt mehr Verkehr, Staus und Unfälle, torpediert die bewährte Verlagerungspolitik und fügt der Umwelt im Alpenraum grossen Schaden zu.

DOPPELT SO VIEL TRANSITVERKEHR

Mit der 2. Röhre würde der Strassentunnel von 2 auf 4 Spuren ausgebaut. Die Beteuerungen, jeweils nur eine Spur zu öffnen, ist Augenwischerei: Was gebaut wird, wird auch genutzt. Neu würden doppelt so viele Lastwagen die Schweiz durchqueren wie bisher. Mehr Lastwagen verursachen mehr Lärm, Feinstaub und CO₂. Das Volk, insbesondere die Bevölkerung der Kantone Tessin und Uri, hat deshalb mehrmals Nein zu einer 2. Röhre gesagt. Die Lastwagenflut würde die Schweiz zur Transithölle machen!

VERNÜNFTIGE SANIERUNG MÖGLICH

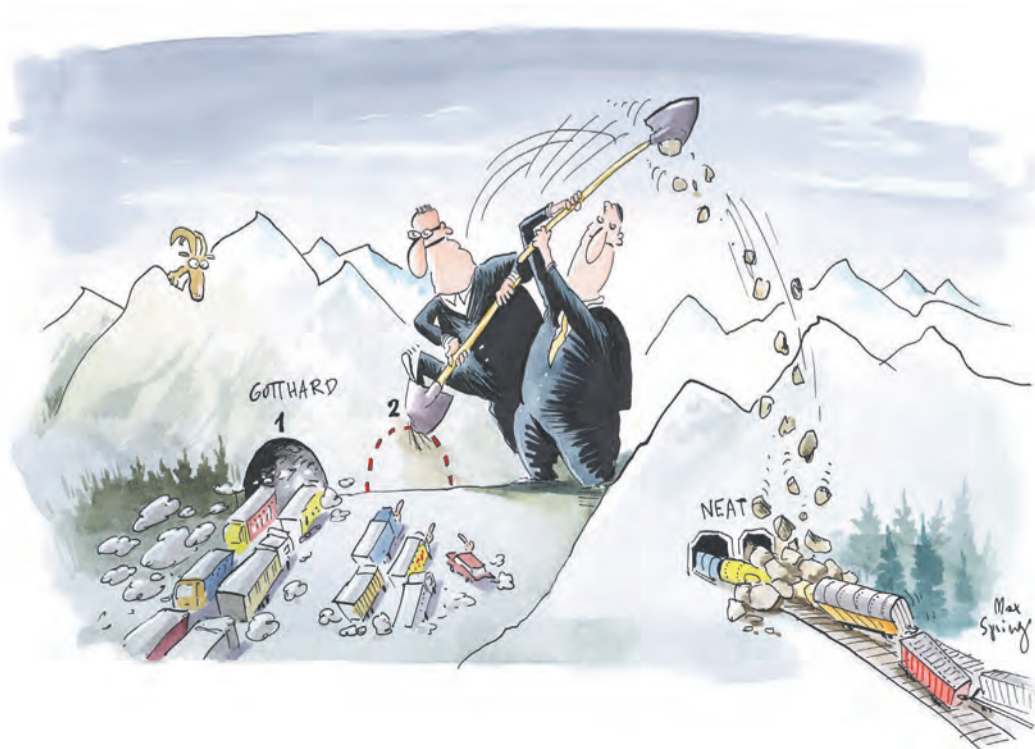
Die Bezeichnung der Abstimmungsvorlage suggeriert, dass ohne Ja keine Sanierung möglich sei. Tatsache ist, dass eine Sanierung ohne zweiten Tunnel nachweislich durchführbar ist und bedeutend weniger kosten würde als der Bau einer 2. Röhre. Ein Nein zur 2. Röhre macht den Weg frei für eine vernünftige Sanierung, durch die der Tunnel grösser, heller und sicherer wird. Das Tessin bleibt dank einem Auto- und Lastwagenverlad und dem neuen Gotthard-Basistunnel während der Sanierung gut erreichbar.

MILLIARDENLOCH IN DER BUNDESKASSE

Bau und Betrieb einer 2. Röhre kosten 3 Milliarden mehr als die vernünftige Sanierung des Tunnels. Geld, das dort fehlt, wo die wirklichen Probleme sind: Während das Verkehrsaufkommen am Gotthard seit 15 Jahren stagniert, hat sich der Verkehr in den Agglomerationen vervielfacht. Hunderttausende PendlerInnen stehen täglich im Stau oder quälen sich in überfüllte Züge. Statt unnötig Milliarden am Gotthard zu verlocken, braucht es Investitionen in den ÖV und in den Fuss- und Veloverkehr.

TORPEDIERUNG DES JAHRHUNDERTPROJEKTS NEAT

Mit dem Ziel, dass der Transitgüterverkehr in Zukunft auf der Schiene durch die Schweiz rollt, hat das Schweizer Volk insgesamt 24 Milliarden Franken in neue Eisenbahn-Alpentunnels investiert. Eine zweite Röhre am Gotthard sabotiert diese Milliarden-Investition, denn die Transportbranche würde so weiterhin auf die Strasse statt auf die Bahn setzen. Im Juni 2016 wird der Gotthard-Basistunnel eröffnet, 2020 der Ceneri-Basistunnel. Seit 2007 ist der Lötschberg-Basistunnel in Betrieb.



«Inklusive Unterhaltskosten ist die 2. Röhre rund 3 Milliarden teurer als die Einrichtung eines Bahnverlads. Das Einzige, was wir dafür bekämen, sind mehr Verkehr, mehr Lärm und mehr Umweltbelastung.»

EVI ALLEMANN, NATIONALRÄTIN BE



«Eine Verdoppelung der Strassenröhre bringt der Schweiz auch doppelt so viele Transitlastwagen. Alpenschutz und Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene kämen unter die Räder. Die Schweiz würde zur Transithölle.»

JON PULT, PRÄSIDENT ALPEN-INITIATIVE

DARUM GEHT ES

Der Strassentunnel am Gotthard muss saniert werden. Bundesbern und die Strassenlobby benutzen dies als Vorwand, um eine zweite Röhre zu bauen. Dafür hat das Parlament im September 2014 das Bundesgesetz über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet entsprechend angepasst. Das von einer breiten Allianz ergriffene und von der SP mitgetragene Referendum dagegen ist Anfang 2015 erfolgreich zustande gekommen.



Fahne bestellen:
www.spekulationsstopp.ch



DIE JÄMMERLICHE UNO

Die Uno-Bürokraten sind Weltmeister im Erstellen komplizierter Statistiken, mathematischer Modelle und kiloschwerer, häufig unleserlicher Berichte. Aber wenn es um die Umsetzung konkreter Massnahmen zur Behebung all der Tragödien auf unserem Planeten geht, bleibt die Weltorganisation meist gelähmt.

Der Skandal unserer Zeit

Nehmen wir ein einziges Beispiel: Der Hunger vernichtet jeden Tag und jede Nacht Zehntausende von Menschenleben. Dieses tägliche Massaker ist der Skandal unserer Zeit. Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. Über 860 Millionen sind permanent unterernährt. Der World Food Report der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Uno (FAO) sagt, dass die Weltlandwirtschaft heute problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren könnte, also fast das Doppelte der Weltbevölkerung. Zum ersten Mal in der Geschichte gibt es keinen objektiven Mangel mehr. Das Problem ist nicht mehr fehlende Produktion, sondern fehlender Zugang zur Nahrung. Doch es gibt keine Fatalität. Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet.

Angst vor den Multis

«Den Hunger beenden» heisst das Entwicklungsziel Nummer zwei der UNO.

Leider sagt die Agenda aber kein Wort zu den Gründen des Hungers. Zum Beispiel zur Börsenspekulation durch Grossbanken und Hedge Funds mit den Grundnahrungsmitteln Reis, Mais und Getreide. Zwischen 2002 und 2012 hat sich deren Preis laut FAO verdoppelt. In den Slums der Welt, in denen gemäss Weltbank 1,1 Milliarden Menschen leben, sterben bei jedem Preisaufschlag Tausende Kinder mehr. Die Börsenspekulation auf Grundnahrungsmittel müsste deshalb sofort verboten werden. Doch die Uno schweigt. Aus Angst, die allmächtigen transkontinentalen Privatkonzerne zu verstimmen. Nach einer aktuellen Berechnung der Weltbank kontrollierten die grössten transkontinentalen Privatkonzerne im vergangenen Jahr 52,8 Prozent des Weltbruttosozialprodukts, also aller auf der Welt produzierten Güter. Sie haben eine Macht, wie sie nie ein Kaiser, ein König oder ein Papst in der Geschichte je gehabt hat. Sie beeinflussen die Aussenpolitik auch der mächtigsten Staaten. Die Uno fürchtet ihren Zorn zu Recht. Wo ist Hoffnung? Im Aufstand des Gewissens, im demokratischen Widerstand, im radikalen Reformwillen der Zivilgesellschaft.

Jean Ziegler ist Soziologe und Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates. Der Text ist am 5. November 2015 in der Zeitung «work» erschienen.

GOTTHARDFAKTEN

Durch den Gotthard fahren täglich im Schnitt 17 000 Fahrzeuge, durch den Gubrist über 100 000.

Fünf Mal hat der Kanton Uri bereits über die zweite Röhre abgestimmt. Fünf Mal sagten die Urner klar Nein!

«Wir bauen ja kaum zwei Tunnel und lassen je eine Spur leer. Das ist meines Erachtens scheinheilig». Doris Leuthard (2012)

Unter dem Titel der «Verflüssigung des Verkehrs» werden schon heute auf Autobahnen Pannestreifen als Fahrspuren genutzt.

Die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene würde die Anzahl und die Länge der Staus um rund ein Drittel vermindern.

7 der 12 Mitglieder des Pro-Komitees sitzen in Verwaltungsräten von Bau- oder Tunnelbauunternehmen.

Das Verkehrsaufkommen am Gotthard ist heute praktisch gleich gross wie 2001.

99 Prozent des CO₂-Ausstosses im Güterverkehr geht zulasten der Strasse – nur 1 Prozent stammt aus dem Schienenverkehr.

Seit dem Bau des Gotthard-Strassentunnels verzeichnet die Leventina die höchste Bevölkerungsabwanderung der Schweiz.

90 Prozent aller Staus entstehen auf Autobahnen in urbanen Regionen. Die wahren Verkehrsprobleme liegen dort.

Mit dem Bau einer 2. Röhre werden die Kapazitäten verdoppelt. Das ist verfassungswidrig.

80 Prozent der Güter, die durch die Alpen gefahren werden, sind reine Transitwaren.

Mehr Sicherheit kann vor allem durch die Reduktion des Schwerverkehrs erreicht werden.

Dank Neat und Bahnverlad für Autos und Lastwagen wird das Tessin während der Sanierung bestens erreichbar sein.

Am Gotthard wird es definitiv keine Maut geben. Das hat das Parlament beschlossen.

Ein 40-Tonnen-Lastwagen nutzt die Strasse rund 40 000-mal so stark ab wie ein Auto.

ICH INTERESSIERE MICH FÜR DIE SP



www.spschweiz.ch/mitmachen



facebook.com/spschweiz



@spschweiz